

Der anachronistische Zug marschiert – Freiheit und Democracy in der Ukraine

Die Befreiung vom Faschismus jährte sich zum 70. Mal, und als neuer Hitler wird derweil der Präsident des Landes verhetzt, das seinerzeit mit Abstand den größten Material- und Blutzoll beim Kampf **gegen** Hitler zu zahlen hatte – mindestens 20 Millionen Tote und flächendeckende Zerstörungen namentlich der Industrieanlagen der Sowjetunion sind historische Tatsachen, ebenso die vergleichsweise äußerst geringen Verluste der USA, die dem großen Schlachten der Völker lange und gemessen zugesehen hatten, um sich als lachende Dritte **nach** der entscheidenden Kriegswende und dem Vormarsch der Roten Armee kaltblütig die Befreiungslorbeeren und Einflußsphären insbesondere im Westteil Europas zu sichern. Zum diesjährigen Auschwitz-Gedenken war der Präsident des entscheidenden (remember Stalingrad!) Befreierlandes eingeladen worden, und die in Moskau traditionellen Feierlichkeiten zum 8. Mai – dem Tag des Jahres 1945, als Hitlerdeutschland kapitulierte und zum Zeichen des Sieges über den Faschismus die rote Fahne auf dem Berliner Reichstag wehte – wurden von Uncle Sam's gehorsamen Vasallen boykottiert; ein eindrückliches, wenngleich nur geheimes, Bekenntnis zu Hitlers Programm.

Die Gedenkrede im Bundestag zum gegebenen Anlaß hielt erstmals ein mit der SPD verbandelter leibhaftiger Historiker – jenen Experten in Steigbügelhalterdiensten für den Faschismus –, und nach den üblichen verlogenen Phrasen über den Frieden im allgemeinen beschwor er im besonderen die Gefahr für denselben nicht etwa durch den Weltkaiser Obama, der als kleinste seiner Mordstrecken Tausende Drohnen-Tote persönlich zu verantworten hat und dessen jährlicher Militärhaushalt mit etwa 600 Milliarden Dollar den aller anderen Länder um Längen übersteigt, sondern durch Putin, dessen Rumpfrußland gerade auf ein knappes Siebtel dieses US-Budgets kommt und das seit dem ruhmlosen Ende der Sowjetunion immer enger durch die NATO eingekreist wird. (Von irgendwelchen Protesten im Parlament, insbesondere der angeblichen »Linken«, gegen diese Kriegstreiberei und Rußlandhetze war bezeichnenderweise nichts zu vernehmen, man applaudierte begeistert, und Hitler hätte sich sicher gern angeschlossen.)

NATO-Militärbasen¹Militärausgaben 2014 (Mrd. US-\$)²

Als »Speerspitze« der neuen superschnellen NATO-Eingreiftruppe werden, so freudestrahlte jüngst unsere Kriegsministerin mit Mutterkreuz, auch Tausende deutsche Jungs an vorderster Front mitmischen, insbesondere in Osteuropa, wie einst ihre (Ur)Opas, diesmal allerdings für einen fremden Herrn – und da schwallt unser Historiker von einer endlich wieder »multipolaren Welt« nach dem Ende der »Bush-Hybris«. Denn nun dürfen die Vasallen endlich richtig dicke an die Front, dürfen endlich freudig in Särgen vom Freiheitskampf zurückkehren, und zahlen dürfen die glücklichen »Multipolaren« endlich auch noch mehr: 2 % des BIP jedes NATO-Landes wurden beim NATO-Gipfel 2014 als Zielvorgabe schon angepeilt.³ Dabei tönt es wie zu Adolfs Zeiten, als man gegen die bolschewistische Gefahr und gegen bolschewistisches Untermenschentum zu Felde zog, unermüdlich von der russischen Gefahr und Bedrohung, für die »Freiheit« nämlich, diesmal nicht des deutschen Volkes ohne Raum, sondern der »demokratischen« Welt unter US-Regie – den immer gleichen Refrain des immer gleichen Propagandaliedes

¹ <http://riseuptimes.org/2014/03/14/russia-wants-war-view-the-russian-threat/>

² <http://de.statista.com/>

³ Momentan ist Deutschland nach den USA der größte Netto-Zahler an die NATO. Die Militärausgaben betragen »nur« 1,3 % des BIP, in den USA sind es 4,4 %; neben den USA kommen derzeit nur Großbritannien, Estland und Griechenland (!) auf die angepeilte Marke.

kennen wir zum Erbrechen seit der Zerschlagung Jugoslawiens, Iraks, Libyens, Syriens und sollen ihn hören, bis der US-Stiefel weltweit festgetreten ist, unter dem allein in den letzten beiden Jahrzehnten Abermillionen Tote begraben wurden – das sind durchaus Auschwitzdimensionen (inkommensurabel, wa?!). Dabei steht der Brocken Rußland (und China) noch aus, und das planmäßige Vorrücken der NATO in die Ukraine stellt ein Etappenziel dar. Zu diesem Zweck wurde der dortige Putsch inszeniert und von uns und anderen Vasallenstaaten finanziert.

Halten wir kurz inne, bevor wir einige aktuelle Schlaglichter auf die Geschehnisse in der Ukraine werfen, und vergegenwärtigen uns zunächst noch einmal die so schnell dem Vergessen anheimfallenden Abläufe um den Sturz des Präsidenten Janukowitsch, denn sie sind für die Beurteilung dessen, was die Lügenpresse in der Folge als »Invasion«, »Aggression«, »Annektion«, »Völkerrechtsbruch« (nämlich Putins) verdreht, von zentraler Bedeutung. Seit dem Niedergang der PEGIDA-Bewegung, deren Anhänger die Forderung »Kein Krieg mit Rußland« immerhin einmal spontan eindeutig formuliert hatten, trommelt sie ja wieder öffentlich weitgehend unwidersprochen. Und steter Tropfen höhlt bekanntlich den Stein, und schon Hitler wußte: Je größer die Lüge, desto eher wird sie geglaubt. Dabei triggern Enttäuschung und Resignation angesichts des (leider auch selbstverschuldeten) PEGIDA-Sterbens ganz sicher den Gedächtnis- und Klarheitsverlust. Wem die Lektion unnötig erscheint, kann sie natürlich überspringen. Ich empfehle dann zum Abgleich die 18-Punkte-Verlautbarung des Auswärtigen Amtes an die Mitglieder des Bundestages vom Februar dieses Jahres: »Realitätscheck: Russische Behauptungen – unsere Antworten«, z. B. abzurufen (allerdings ohne Realitätscheck des »Realitätschecks«) unter www.heise.de/tp/artikel/44/44224/44224_1.pdf. Schauen Sie, ob Sie die von den Regierungsheinis trainierten Einseifungen parieren, die offensichtlich vor dem Hintergrund der durch PEGIDA gestiegenen Denk- und Diskussionsbereitschaft im Volk notwendig wurden (eine Parallele ist mir von den vorherigen US-Aggressionen nicht bekannt), das noch nicht in den Spuren Hitlers auf den Krieg gegen Rußland eingeschworen war und großteils auch noch nicht ist; laut Umfragen lehnten über 80 % der Deutschen westliche Militärinterventionen in der Ukraine ab. Da gibt es also noch etwas zu tun, packen wir's an, und die erwähnten Einseifungen sind durchaus geschickt gemacht, recht ausführlich und vordergründig (schein)argumentativ gehalten, wobei das Fazit in Kürze lautet: Eine ukrainische Volksbewegung hat legal den lange

verhaßten Präsidenten-Diktator des Landes zugunsten einer den Volkswilligen repräsentierenden, wenn auch nur eine Stimmenminderheit vereinigenden, demokratischen Regierung abgesetzt, die unbedingt in die EU und NATO will, was vom Westen begrüßt und verhalten unterstützt wird, dem bösen Putin aber nicht paßt, weshalb er die Krim unrechtmäßig annektierte und den Aufstand in der Ostukraine unrechtmäßig unterstützt.

Janukowitsch ging 2010 aus anerkanntermaßen (OSZE) regulären Präsidentschaftswahlen gegen die prowestliche, den Ausverkauf des Landes betreibende und die NATO-Mitgliedschaft klar anvisierende blondzopfige Timoschenko als Wahlsieger hervor. Das ukrainische Volk hatte seit der »Orangen Revolution« (die erste Runde der jüngsten Ereignisse), die 2004 den gleichen Janukowitsch gestürzt und die dann regierende prowestliche Clique (um Juschtschenko, Poroschenko, Jazenjuk und Timoschenko) an die Macht gehievt hatte, ausreichend Gelegenheit, diese an ihren Taten zu messen; der »Orange«-Präsident Juschtschenko kam auf unter 5 % der Stimmen. Das Votum des Volkes wurde 2012 bei wiederum anerkanntermaßen (OSZE) regulären Parlamentswahlen bestätigt: Janukowitschs »Partei der Regionen«, die **für** eine fortgesetzte wirtschaftliche Anlehnung an Rußland und **gegen** die NATO-Mitgliedschaft stand, wurde mit 30% der Wählerstimmen stärkste Partei, was zusammen mit der kommunistischen Partei 43% des Volkswillens ergab (die Blondzopf-Partei erhielt 25 %, die wegen des Abschiffens der »Orange«-Garde als Auffangbecken 2010 mit Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung neugegründete Klitschko-Partei – unter der Tünche das identische Programm – kam auf 14 %, die offen faschistische Swoboda-Partei auf 10 %). Ärgerlich für die USA, die seit 1991 immerhin 5 Milliarden Dollar für den Aufbau einer ihr genehmen ukrainischen Quislingsregierung investiert hatten; allein 2012 flossen zu diesem Zweck 3,5 Millionen Dollar. Deshalb spielten die EU-Vasallen die nächste Karte und drängten auf den Abschluß des schon lange verhandelten Freihandels- bzw. Assoziierungsabkommens mit der EU – Orwellsche Namen für ungleiche Verträge, von denen natürlich immer die Stärkeren profitieren (wie wir selbst bei dem analogen TTIP schmerzhaft spüren werden). Die Unterschrift wurde von EU-Seite 2013 neu an die Bedingung der Freilassung der wegen Straftaten inzwischen zu Haft verurteilten Timoschenko geknüpft, was das ukrainische Parlament ablehnte und was das gute Recht wohl jedes souveränen Staates ist. Dabei war die Timo-

schenko-Bedingung natürlich nur der Tropfen, der das Erpressungsfaß zum Überlaufen brachte; es ging um die zügige EU-NATO-Anbindung der Ukraine.

Nachdem also weder Wahlen noch die Erpressung des Parlaments zum gewünschten Ergebnis geführt hatten, wurde der Maidan-Umsturz in Szene gesetzt, und die US-Einpeitscher in Regierungsämtern McCain und Nuland erschienen dafür sogar persönlich. Den bewaffneten Maidan-Arm stellten von Beginn an bekennende, mordbereite Faschisten, unmittelbare Nachfolger ihrer Hitlervorläufer (der Leser der Szpilman-Memoiren, nicht des zugehörigen Polanski-Films, kennt sie). Weitere erhebliche Demonstrantenteile stellten die Gebiete der Westukraine, wo sie die papsthörige Unierte Kirche, die nach dem Ende der Sowjetunion wieder großzügig vom Vatikan finanziert wurde, kräftig rekrutiert hatte. (Als Kuckucksei Stalins war der Ukraine als Teil der Sowjetunion nach dem 2. Weltkrieg die Region östlich des Karpatenbogens um Lwiw/Lemberg ins Nest gelegt worden; mit der »Aktion Weichsel« wurden seinerzeit etwa 150 000 Ukrainer, die auf polnischem Staatsgebiet wohnten, dahin umgesiedelt.) Den anderen Teil der Demonstranten stellten inhomogene Personengruppen, Unzufriedene, die es natürlich im Zuge der Verarmung des Landes immer reichlicher gibt. (Bemerkenswerterweise waren laut Umfragen Ende 2013 zur Hochzeit des Maidan nur knapp 30 % der Maidan-Demonstranten – und die waren ja die Speerspitze – für das EU-Assoziierungsabkommen! Den Anschauungsunterricht, an wen die ohnehin spärlich verteilten Bonbons nach Anbiederung an die USA-EU-NATO gehen, hatte man ja nach der »Orangen Revolution« mitbekommen; allein Timoschenko scheffelte Unsummen, während das Volk weiter verarmte.)⁴ Vor dem

⁴ Freilich ist auch Janukowitsch ein Vertreter der sogenannten Oligarchenschaft, die sich nach dem Ende der Sowjetunion das Volkseigentum unter den Nagel gerissen hat. Was ihn (und auch Putin) von den Pro-NATO-Raffzähnen vom Format einer Timoschenko unterscheidet, ist die (freilich antiquierte) Idee, daß es einen nationalen ukrainischen oder russischen Kapitalismus neben dem US-Monoimperialismus geben soll (Janukowitsch präferierte deshalb trauntänzerisch eine »neutrale« Ukraine, die von Rußland billiges Gas und vom Westen im Zuge dosierter EU-Beziehungen Förder-Euros bekommt). Als Übergangsphase wurden diese lokalen Ausbeuter zunächst in den Dienst genommen oder geduldet, denn so richtete sich der Frust des geplünderten Volkes angesichts des neuen Gesellschaftssystems gegen diese, und die neuen US-Herren blieben zunächst noch aus dem Schußfeld, damit nicht zu schnell offensichtlich wurde, wohin der Perestroika-Zug am Ende fahren soll. Nun wird die Endstation bekanntgegeben; Timoschenko und Co. organisieren die Übergabe des Landes unter das US-Diktat. Daß man den altbewährten Wahl-

Hintergrund der immer aggressiveren Mobilmachung gegen die ukrainische Regierung fielen am 20.2.2014 die ominösen Maidan-Schüsse, bei denen Demonstranten und Polizisten getötet wurden. Indizien sprechen dafür, daß diejenigen, die sofort »Haltet den Dieb« schrien, selber der Dieb waren – auch hier gibt es Muster, denken wir an den von Hitler inszenierten Reichstagsbrand, den er noch in der Brandnacht den Kommunisten öffentlich in die Schuhe schob, um deren massenhafte Verhaftungen einzuleiten, aber auch an die ersten Bombenattentate in Sarajevo, welche in NATO-Auftrag von Moslemagenten getätigt wurden, um sie den bedrängten Serben mittels unserer Presse in die Schuhe zu schieben (siehe dazu z. B. KB 47 und 68); cui bono? – führt vor dem Hintergrund der weiteren Abläufe wohl in die richtige Richtung. Jedenfalls hat die Poroschenko-Clique es nach ihrer Machtergreifung keineswegs eilig, die Sache aufzuklären, sowenig wie den Absturz des Flugzeugs MH17 über der Ostukraine, dessen Blackbox bereits vor vielen Monaten von den Ostukrainern an westliche »Experten« übergeben wurde; es gibt übrigens ein Geheimhalteabkommen der Ukraine mit dem Westen bezüglich der Untersuchungsergebnisse des Absturzes, und das bräuchte man ja nicht, wenn die Indizien wirklich gegen die Russen bzw. Putin sprächen, wie sofort nach dem Ereignis lauthals geschrien wurde. Schade wirklich und töricht, daß die Blackbox nicht im Kreml mit Live-Übertragung im Fernsehen geöffnet und abgespielt wurde, sondern dem Westen brav übergeben, als ob *der* seine Lügen glauben würde. Auch die Schuldzuweisung nach den Maidan-Schüssen an die Janukowitsch-Regierung erfolgte jedenfalls prompt, was die Stimmung planmäßig auf die Spitze trieb; das ukrainische Parlament beschloß noch am 20.2. auf persönlichen Druck des US-Botschafters Geoffrey Pyatt den Abzug von Janukowitschs Polizeikräften aus Kiew. (Wie gesagt, es spricht viel für eine gezielte Inszenierung der Putschisten und ihrer Hintermänner, aber man stelle sich trotzdem einmal vor, bei den jüngsten Protesten in den USA gegen Willkürakte an den Schwarzen hätten russische Regierungsvertreter von ihnen bewaff-

fälschungshut mit »Revolutions«-Szenario nicht schon 2010 gegen Janukowitsch aus dem Hut zauberte, hängt wohl mit der unplanmäßigen Unbotmäßigkeit Putins bei der Vernichtung Syriens zusammen – bei den vorherigen imperialistischen Aggressionen der USA hatten die Russen ja brav stillgehalten. Als jetzt aber das Herrenvolk zunehmend »Russia Today« guckte und sich gegen die US-Aggression der eigenen Regierung in Syrien artikulierte (siehe unseren Artikel in KB 183), hat man den Angriff auf den größeren Brocken Rußland vorgezogen, der sonst wohl erst etwas später angestanden und Janukowitsch noch etwas Zeit gegeben hätte.

nete Demonstranten wirksam zum Sturz der US-Regierung ermuntert. Hätte dann die US-Armee etwa nicht das Recht gehabt zu schießen?) Unter diesem Druck unterschrieb Janukowitsch am 21.2. unter deutscher und französischer »Vermittlung« eine Vereinbarung mit dem Maidan-Block, in der Neuwahlen innerhalb des Jahres festgeschrieben wurden; damit sollten die Fronten beruhigt sein, bei den Wahlen würde man sehen. Im abgekarteten Spiel weigerten sich dann die Faschisten des Maidan-Blocks noch am gleichen Tag, sich an die von ihnen selbst geforderte Vereinbarung zu halten (sie erhielten dafür natürlich das Signal von den Strippenziehern, ohne deren Dollars sie ja ein verlorener Haufen geblieben wären), forderten den sofortigen Rücktritt des Präsidenten und erstürmten anschließend das Regierungsgebäude noch in der Nacht zum 22.2., praktisch in einem Streich, nachdem die Polizeieinheiten ja abgezogen waren. Janukowitsch floh in letzter Minute vor seiner wohl geplanten Ermordung und wurde in Abwesenheit unter Bruch der ukrainischen Verfassung noch am selben Tag abgesetzt. Vom Fluchtort aus erklärte er dies sofort und offiziell für illegal (und blieb damit rechtmäßiger Präsident). Seine Absetzung war eindeutig ein verfassungswidriger Akt, denn es gab weder das in der ukrainischen Verfassung geforderte Amtsenthebungsverfahren, noch die ebenso geforderte, der Enthebung zustimmende $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der regulär 450 Abgeordneten. In Windeseile wurde dann mit der Plazierung des neuen Ministerpräsidenten Jazenjuk der nächste illegale Akt vollzogen, denn für dessen Ernennung schreibt der Verfassungstext ein entsprechendes Präsidentenvotum zwingend vor, was es vom rechtmäßigen Präsidenten Janukowitsch nicht gab. Der schon lange gern gesehene Gast im Weißen Haus stellte dann eine Übergangsregierung zusammen, in der kein einziger Vertreter der Janukowitsch-Partei und der KP saß, sondern ausschließlich Maidan-Kämpfer, Swoboda-Faschisten und Vertreter der Timoschenko-Partei, eine Art Dreieinigkeit also. Die Absetzung von Janukowitsch und die Einsetzung der Jazenjuk-Regierung wurden von den USA und der EU postwendend als »rechtmäßig« anerkannt.

Es war also ein Putsch – gewaltsame Entmachtung einer legitim gewählten Regierung durch (para)militärische Einheiten, hier (wie so oft) vom Ausland gelenkt. Es sollte sich unter rechtsstaatlicher Sicht von selbst verstehen, daß eine Putsch-Regierung nicht die Verfassung einzufordern das Recht hat, die sie selbst gerade gewaltsam außer Kraft gesetzt hat. Ansonsten müßten wir die Widerstandskämpfer gegen Hitler – die

vielgerühmte »Weiße Rose«, den auch gern gerühmten Schnellmerker Stauffenberg und die massenhaften, aber ungern gerühmten kommunistischen Widerstandskämpfer – als Verbrecher ansehen, Hitler dagegen als Hyperdemokraten, der sie dafür rechtmäßig umbringen ließ. (Auch seine Machtergreifung war ja ein Putsch, was unsere Schulbücher regelmäßig verdrehen, denn ohne die SPD hätte es nicht geklappt: siehe KB 138.) Aber die Kiewer Putsch-Regierung darf dem Krimvolk und den Ostukrainern Unrechtmäßigkeit des Referendums bzw. der Wahlen unter Berufung auf die ukrainische Verfassung vorwerfen? Dann hätte sie nicht putschen dürfen! Natürlich hat das Volk das Recht, sich dem Zugriff einer Putsch-Regierung zu entziehen, Widerstand zu leisten, sich im Sinne einer aufgezwungenen Notlösung vom Putsch-Land abzutrennen, und es hat dann auch das Recht, den Anschluß an eine Schutzmacht zu beschließen.

Es gab und gibt keine Invasion der Russen in der Ostukraine. Die in der Lügenpresse präsentierten Belegbilder für den behaupteten russischen Einmarsch dort waren Fälschungen, die Fotos entstanden z. B. anlässlich einer russischen Luftfahrtmesse 2013. Im übrigen dementierte, was selten mal durchdringt, der Chef des französischen Militärgeschichtsdienstes G. C. Gomar in einer parlamentarischen Anhörung die Behauptung der NATO bezüglich des Einmarsches der Russen: »(...) gemäß unseren geschichtlichen Erkenntnissen gibt es gar nichts, was diese Hypothese unterstützt«. Ansonsten dürfte die materielle Unterstützung von russischer Seite für die Ostukraine um Größenordnungen unter derjenigen liegen (leider, wird man sagen dürfen), die die Putsch-Regierung von Westseite erhält, denken wir allein an die 500 Militärberater der USA in der Ukraine, an weitere 500 Blackwater-Profilörder, aber auch an die eine Milliarde (!) »multipolarer« deutscher Euros, die Frau Merkel »Für den Aufbau des Donbass« locker machte, natürlich Kriegsgelder – dafür gehen wir arbeiten!

Auch auf der Krim gab es keine russische »Invasion«. Daß Putin seine traditionelle und rechtmäßig dort stationierte Krim-Schwarzmeerflotte während des Krim-Referendums in Alarmbereitschaft hielt, ist sein verbrieftes Recht und konnte nach den Kiewer Ereignissen wohl niemand wundern. Auch ist laut Völkerrecht nicht verboten, den erklärten Willen eines Volkes nach Anschluß anzunehmen, zumal an den Ergebnissen des Krim-Referendums (wie an den Wahlen in der Ostukraine) kein erster Zweifel bestehen kann. Sie entsprechen ja dem Votum des dortigen Volkes von 2010 und 2012 für den sich bekanntermaßen an Rußland ori-

entierenden Janukowitsch und seine Partei. Putin wird dabei der Bruch des Budapester Memorandums (1994) und der NATO-Rußland-Grundakte (1997) vorgeworfen, die das Recht auf Souveränität, politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit festschreiben. Aber die sind ja gerade mit dem vom Ausland inszenierten Putsch in Kiew gebrochen worden!

In diesen Regionen leben bekanntlich mehrheitlich Russen oder Ukrainer⁵, die Russisch als Erstsprache oder selbstverständliche Zweitsprache benutzen, und die wußten spätestens seit den Vorstößen gegen die russische Sprache unmittelbar nach dem Putsch, was ihnen bevorsteht. (Die sogenannten »ethnischen Konflikte« zwischen Russen und Ukrainern, deren Sprachen auf eine gemeinsame ostslawischen Wurzel zurückgehen und aufgrund erst sehr später Trennung vor etwa 600 Jahren ohnehin sehr ähnlich sind, bestanden im übrigen lange Zeit allenfalls am Rande; die sind mit den 5 Milliarden US-Dollars plus Papstgeldern erst sekundär hochgekocht worden.) Das bekannt gewordene Telefonat Timoschenkos mit einem Mitstreiter unmittelbar nach dem Krim-Referendum, das mit großer Mehrheit für den Anschluß an Rußland plädierte, läßt an Deutlichkeit jedenfalls nichts zu wünschen übrig: Sie (Timoschenko) sei bereit, »selbst eine Maschinenpistole zu nehmen«, um dem »Bastard (Putin) in die Stirn zu schießen«, und sie wolle sich einsetzen, »damit – verdammt – von Rußland nicht einmal ein verbranntes Feld übrig bleibt«, man müsse »die verdammt Russen erschießen, zusammen mit ihren Anführern« usw. (Man vergleiche die Betulichkeit der Lügenpresse angesichts des Klartextes ihrer Freiheitsheldin mit dem Aufschrei derselben bei den vergleichsweise harmlosen, freilich törichten und häßlichen privaten Facebook-Äußerungen Lutz Bachmanns.)

⁵ Die Krim ist ebenso wie die Ostukraine seit Katharina der Großen vorwiegend russisch besiedelt. (Die islamischen Krimtataren – Nachfahren der Eroberertruppen Dschingis Khans, später Verbündete der Osmanen – flohen seinerzeit größtenteils ins Osmanische Reich. Sie stellen etwa 10 % der heutigen Krimbevölkerung und beanspruchen »ihre« Krim neuerdings mit Rückendeckung der Kiewer Putschisten, die sie plötzlich als »Urbbevölkerung« anerkennen, natürlich als antirussische Flanke. Dann dürften die Mexikaner den Südwesten der USA als »ihr« Land erklären, es wurde immerhin erst Jahrzehnte nach Katharina II. den USA angegliedert.) Die Ostukraine kam im Zuge der Oktoberrevolution und anschließenden Befreiung des Gebietes von den deutschen Okkupanten zur ukrainischen Sowjetrepublik, ein eher verwaltungstechnischer Akt. Die Krim wurde erst 1954 durch den Ukrainer Chruschtschow von der russischen zur ukrainischen SSR geschlagen.

Timoschenko hat nicht zuviel versprochen; wie bei allen Putschen folgten Serien von Gewaltakten gegen Putsch-Gegner bzw. Anhänger der alten, legitimen Regierung auf dem Fuß. So wurde den Farce-Wahlen von 2014 der Weg bereitet: Man schaltet alle Gegner aus, bringt sie um, treibt sie außer Landes, und der Rest wird mittels Drohung und Angst zum Schweigen gebracht – dann kann man hyperdemokratisch abstimmen. Als Sieger gingen die mit US-Weißen versehenen Hyperdemokraten Poroschenko und Jazenjuk bzw. deren jeweils 2014 neu formierte Parteien hervor. (Deren Namen wechseln dauernd, aber die alte »Orange«-Mannschaft bleibt im wesentlichen dieselbe, wobei zwecks Verwirrung mitunter Grabenkämpfe hochgekocht werden.) Der KPU wurde 2014 der Fraktionsstatus aberkannt, dann ein Verbotverfahren eingeleitet, und inzwischen ist das Verbot beschlossen. Die ukrainische KP, für die vor kurzem jeder 10. Ukrainer votierte, gibt es also offiziell nicht mehr. Janukowitsch steht inzwischen auf der internationalen Fahndungsliste, etliche seiner Parteimitglieder stehen auf EU-US-Sanktionslisten, und die unter Verfolgung, Druck, Kompromißlertum und Postenjägerei zerfallene »Partei der Regionen« ist zu den Pseudo-Parlamentswahlen nicht mehr angetreten, weil ohne das Votum der Ostukrainer die Wahl nicht repräsentativ sei, was richtig ist. Einzelne vorsichtige EU-NATO-»Skeptiker« werden im neuen Pseudo-Parlament als Alibi geduldet.

Und der Dollar kling, kling, kling... floß und fließt munter weiter in Unsummen an die Putschisten, und weil man mit den Zeiten geht, sind die Haken heute nicht mehr überklebt. Der IWF machte 2014 einen Kredit über 17 Milliarden US-Dollar für dieselbe Putsch-Regierung in Kiew locker, die den ukrainischen Faschisten Stepan Bandera offiziell als Nationalhelden feiert; Bandera-Einheiten kämpften bekanntlich auf Seiten Hitlers gegen die Rote Armee, sie ermordeten allein in Lwiw/Lemberg (1941) Tausende Juden und Kommunisten. Bei seiner Gastrede im Januar 2015 an der Universität Zürich rief der US-Quisling Poroschenko, nachdem er aus dem Saal auf die Ermordung von Zivilisten durch seine Armee angesprochen worden war, seinen angekarrten Anhängern im Saal zu: »Slawa Ukraine!«, und sie skandierten lautstark, jede weitere Nachfrage erstickend, zurück: »Herojam Slawa!«. Es handelt sich hier um die von den Swoboda-Faschisten wiederbelebten und inzwischen hoffähigen Bekennerformeln eben jenes Banderas, die dieser in Anlehnung an seinen Bundesgenossen Hitler ins Russische

adaptierte: »Heil Ukraine!« – »Helden Heil!«⁶, und die Arme werden stramm in die Luft geworfen. Heute tragen u. a. die Mitglieder der in die ukrainische Armee eingegliederten bekennenden Bandera-Verehrer der Aydar-Kompanie völlig offen und demonstrativ Symbole der Waffen-SS. Morde an Zivilisten sind an der Tagesordnung. Etwa eine Million Menschen namentlich aus der Ostukraine sind inzwischen vor diesen Mörderbanden und den tödlichen Artilleriegeschossen des ukrainischen Militärs geflüchtet, in ihrer erdrückenden Mehrheit nach Rußland – wenn die durchsickernden Berichte über die Zustände in der Ukraine tatsächlich nur russische Greuelpropaganda wären, wie uns die gleichgeschalteten Medien und die erwähnte Einseifungs-Schrift weismachen wollen, warum sind diese Menschen nicht alle in Richtung »Freiheit« gen Westen nach Kiew geflohen?

Das hinter den Kulissen von der Putsch-Regierung organisierte und gedeckte Massaker von Odessa vom Mai 2014, bei dem offiziell 48 friedliche Anti-Maidan-Demonstranten von Pogrombanden gelyncht und über 200 verletzt wurden, war das Signal, was mit all denen passieren soll, die sich den Putschisten nicht beugen – sie selber nennen das im US-Sprech »Terrorbekämpfung«. Und die Lügenpresse lügt und schweigt und verdreht, und die Bilder werden unterdrückt (siehe anschließend abgedrucktes Flugblatt). Kein einziger Odessa-Täter wurde bisher verhaftet, und inzwischen wird sogar hochhoffiziell behauptet, die Opfer hätten sich selbst umgebracht, nämlich den Brand selber gelegt. Auch dem »Stürmer« galten Dokumente ermordeter Juden und Kommunisten als kommunistisch-jüdische Greuelpropaganda, und schuld waren sie an ihrer Ermordung auch immer selbst; die einen hätten sich eben rechtzeitig taufen lassen müssen, die anderen den Faschisten beitreten. Ukrainer – als solche sahen sich bis vor kurzem die Mehrheit der

⁶ Dieser Auftritt und auch die Taten der faschistischen Kämpfer für »Demokratie« in der Ukraine haben sich inzwischen etwas herumgesprochen, weshalb sich die Schweizer NZZ zu einem Artikel veranlaßt sah: »Pick-ups aus der Schweiz für die Front im Osten« (3.5.2015). Hier wird »Slawa« mit Ruhm übersetzt (»Ruhm der Ukraine« – »Ruhm den Helden«), was formal korrekt erscheint, aber die bewußte historische Anlehnung und Bedeutung einfach weglügt. Im Artikel wird dann die Ausrüstung der Aydar-Kompanie durch eine Schweizerin mit ukrainischen Wurzeln – ein illegaler Akt! – als aufregendes Abenteuer vorgeführt; im übrigen würden ja nicht alle heutigen Kämpfer Hakenkreuze tragen, die bekannten Aydar-Massaker seien nicht von der belieferten Einheit begangen worden, und ohnehin würden auch die Greuel unter dem »Partisanen« Bandera von »vielen Historikern« bestritten ... – War da nicht was mit Auschwitzleugnung? Im übrigen hat die »neutrale« Schweiz 2015 bereits 200 Millionen Dollar an die Putsch-Regierung gezahlt.

Bewohner des Landes unabhängig von ihrer Sprache –, die ihre Heimat nicht als Aufmarschfläche der NATO gegen Rußland preisgeben wollen, werden nach dem Fanal von Odessa weiter den regelmäßig straffrei ausgehenden faschistischen Pogrombanden ausgeliefert. So wurde im April dieses Jahres der ehemalige Abgeordnete der »Partei der Regionen« Oleg Kalaschnikow, der sich u. a. in einem Appell für eine Feier zum 70. Jahrestag der Befreiung der Ukraine vom Faschismus eingesetzt hatte, in der Nähe seiner Wohnung in Kiew erschossen. Wenig später wurde der bekannte Schriftsteller und Journalist Oles Busina vor seinem Wohnhaus in Kiew vor den Augen der Anwohner regelrecht hingerichtet.



Valentina Busina trauert am Tatort um ihren ermordeten Sohn inmitten seiner Blutlache.

Auch der Journalist Sergej Suchobok, der für mehrere Zeitungen regelmäßig von den Geschehnissen im Donbass berichtete, wurde ermordet, seine völlig entstellte Leiche wurde von Passanten gefunden. Bekannt hat sich eine nationalistische Gruppe zu den Morden, aber passieren tut den Tätern nichts. Bei etlichen weiteren Opfern, die der »Partei der Regionen« nahestanden, ist schwer zu entscheiden, ob sie in den Selbstmord getrieben oder umgebracht wurden; um nicht in die Hände der Faschisten zu fallen, brachten sich auch unter Hitler viele Menschen um, z. B. Münzenberg, als er die damals rettende Schweiz nicht mehr zu Fuß erreichen konnte, was die Täter nicht entlastet:

1. ehemalige Direktorin des Staatseigentumsfonds der Ukraine, Valentina Semenjuk-Samsoneko, 27.8.2014 verstorben (Todesursache: Kopfschuß)

2. ehemaliger Chef der ukrainischen Bahn, Mykola Serhiyenko, 26.1.2015 verstorben (Todesursache: Selbstmord – mit dem Jagdgewehr)
3. ehemaliger hochrangiger Regionalpolitiker in Charkow, Oleksiy Kolesnyk, 29.1.2015 verstorben (Todesursache: Selbstmord – durch Erhängen)
4. ehemaliger Bürgermeister von Melitopol, Sergey Walter, 25.2.2015 verstorben (Todesursache: Selbstmord – durch Erhängen)
5. stellvertretender Polizeichef von Melitopol, Oleksandr Bordyuh, 26.2.2015 verstorben (Todesursache: Herzanfall)
6. stellvertretender Vorsitzender der Partei der Regionen und ehemaliger Direktor des Staatseigentumsfonds, Mykhaylo Chechetov, 28.2.2015 verstorben (Todesursache: Selbstmord – Sprung aus dem Fenster)
7. ehemaliger Ministerpräsident, Partei der Regionen, Stanislav Melnik, 10.3.2015 verstorben (Todesursache: Selbstmord – mit einem Gewehr erschossen)
8. ehemaliger Gouverneur von Saporischschja, Oleksandr Peklushenko, 12.3.2015 verstorben (Todesursache: Selbstmord – durch Genickschuß, was freilich *sehr* merkwürdig ist, aber wenigstens wissen wir nichts von einem 25 cm langen Schalldämpfer wie bei Andreas Baader)⁷

Zur Veranschaulichung der Atmosphäre in der Ukraine hier noch die Nachricht des ukrainischen Bloggers und Arztes Vitaly Skorohodov vom 14.4.2014:

»Achtung!!! Wenn diese Meldung in den Netzwerken erscheint, dann haben mich die Leute vom Rechten Sektor oder von der SBU bereits abgeholt. Heute sollen in der Ukraine alle unabhängigen Journalisten und Blogger, die sich der Junta widersetzen und kritisch berichten, verhaftet werden. Ich hoffe, daß noch genug Zeit bleibt, um es auf Facebook zu veröffentlichen ... Ich hoffe, daß ich mit Eurer Hilfe wieder freikommen werde! Bitte verbreitet diese Information so weit wie möglich und informiert die Menschen über die Repressalien gegenüber kritischen Journalisten in der Ukraine.«

Ein Ukrainer, der angesichts derartiger Pogromstimmung namenlos bleiben muß, sandte uns folgende Fotos von Plakaten, die in seiner Heimat öffentlich zur Denunziation von Putsch-Gegnern auffordern:

⁷ <https://pietza.wordpress.com/2015/04/15/todliche-kritik-die-neue-freiheit-in-der-ukraine-antwortet-ihren-kritiker-mit-verfolgung-und-mord/>



Charkov (Ostukraine)

Übersetzung aus dem Russischen:
 »Alltags«-Separatist: schändet nationale Symbole – wartet auf das Kommen der »Russischen Welt« – Strafe: 7–12 Jahre Freiheitsentzug (Strafgesetzbuch, Paragraph 110) – Was gesehen? Was gehört? – Ruf an (Sicherheitsdienst der Ukraine [SBU] Hotline)



Charkov (Ostukraine)

Übersetzung aus dem Russischen:
 Charkov, hilf den Diversanten (= ausländischer Agent) zu neutralisieren (Rufnummer Charkover Filiale des SBU)



Ostukraine

Übersetzung aus dem Ukrainischen:
 Begreife! Sprichst Du die Sprache des Eindringlings? Damit hilfst Du dem Eindringling unmittelbar!



Lwiw/Lemberg (Westukraine), Busplakat

Übersetzung aus dem Ukrainischen:
 Schau! Hör zu! Hilf! ... feindliche Propaganda, Diversionen und Terroranschläge verhindern! Anonymität garantiert! Du lebst hier! Beseitigen wir gemeinsam den Feind! WWW.RDRNP (Adresse, Rufnummer) (Anm.: RDRNP ist die Abkürzung des Maidan-Slogans: »Sklassen sind im Paradies nicht erlaubt«)

Neben den Denunziationstelefonen, die laut »Komsomolskaja Prawda« auf Hochtouren laufen, werden von den Putschisten auch Denunziationslisten systematisiert und ins Internet gestellt. Die über einen NATO-Server laufende Seite eines gewissen Anton Geraschenko, Berater des Ministers für innere Angelegenheiten, trägt den Orwellschen Namen »Friedensstifter« und konstatiert, daß auf diese Weise bis Ende 2014 bereits über 7500 Profile von »Terroristen«, »Separatisten« und »Komplizen« gesammelt wurden. Die Seiten dienen nicht nur als Grundlage für Verhaftungen, sondern werden arbeitsteilig auch von den Pogrombanden für ihre Morde genutzt, wobei die offiziellen Behörden ihre Hände dann in Unschuld waschen und niemals auch nur ein einziger Mörder dingfest gemacht wird; wenige Tage vor dem Mord an Busina wurde auch über ihn massiv auf der Todes-Website gehetzt, auch wenn der Mord zu diesem Zeitpunkt wohl längst beschlossene Sache der SBU war. Da diese Seiten mit den Denunziationslisten öffentlich zugänglich gemacht sind, kann jeder »Verdächtige« seine eigenen Daten dort finden, wenn er auf diese schwarze Liste gesetzt wurde, was die allgemeine Angst und Einschüchterung natürlich maximieren soll. Die Botschaft ist auch unmißverständlich ausgesprochen und findet sich auf der Geraschenko-Seite: »Bürger, Militante, Terroristen und russische Söldner! Wir bieten Euch an, aufzugeben oder zurück (soweit ihr noch lebt) in Eure historische Heimat russland [klein geschrieben] zu gehen.« So wird das Feld bereitet für das Vorrücken der NATO in der Ukraine und für den Krieg mit Rußland, dessen Zeitzeugen wir wohl in naher Zukunft werden – entsetzlich! Für dieses Unrecht – nie vergessen! – zahlen wir Steuern, »Negativzinsen«, und damit es flutscht, soll demnächst das Bargeld abgeschafft werden.

Kerstin Steinbach (mit Dank an einen ungenannten Ukrainer)

*

Zum Jahrestag des Odessa-Massakers fand in Basel eine Standdemonstration statt. Von staatlicher Seite wurde den Veranstaltern verboten, die Fotos zu zeigen, die das Morden an der ukrainischen Bevölkerung am deutlichsten zeigen – Bilderverbot also, statt Mordverbot und Mordanklage. Wir verteilten folgendes Flugblatt:

DAS SIND KEINE LEICHEN



ODESSA 2014

... erst recht keine MORDOPFER von FASCHISTEN ...

b.w.



Bund gegen Anpassung

www.bund-gegen-anpassung.com
16. Mai 2015

Behördliches Bilderverbot für Leichen!

(Ukrainischer Gewerkschafter und Gegner des Maidan-Putsches nämlich)

Demo in Basel am 16. Mai

Wenn ihr selber betroffen seid oder sonst das Bedürfnis habt, Eure Eigenen Photos auszustellen, dann seid ihr herzlich willkommen, dies an unserer Kundgebung zu tun.

Es ist uns jedoch ausdrücklich verboten, Bilder mit Leichen zu Präsentieren.

Der Vorwand: «Jugendschutz» (darauf einen kräftigen Schluck Heuchelberger Spätzle!).

Der tatsächliche Grund: Deckung der Täter – ukrainischer Faschisten –, die von der USA/NATO ausgerüstet und mit unseren Steuergeldern in Milliardenhöhe finanziert werden. Sie sollen einfach nicht sehen, was für ein Schweinkram mit Ihren Steuergeldern so alles angerichtet wird.

Versuchen Sie mal, sich das Folgende vorzustellen:

- Auschwitz ohne Gaskammern und ohne Fotos von jüdischen Leichenbergen (für die zigtausende von Schulklassen jährlich gilt offensichtlich kein «Jugendschutz», das wäre ja auch noch mal blöder!).
- Das Napalmbombardement Vietnams ohne die Bilder brennender und flüchtender Kinder (gerade für die »Jugend« hochinteressant!).
- Die Atommassaker von Hiroshima und Nagasaki ohne die Fotos ihrer entsetzlich zugerichteten Bewohner, sofern sie diesen kühl kalkulierten Massenmord überlebten (die US-Besatzer Japans wußten schon sehr genau, warum sie diese Bilder und Filmaufnahmen jahrzehntelang unter Verschuß hielten).
- Die barbarischen Greuel der ISIS ohne die Fotos geköpfter »Ungläubiger« oder gekreuzigter Yesiden.



KETZERBRIEFE 188
Fritz Erik Hoevens: Das Rätsel der ISIS
Mirjam Stolz: Präsidentschaftswahlen –
in der Ukraine hui, in Syrien pfui!
Interview mit einer Christin aus Aleppo
€ 4,50 / ISBN 978-3-89484-258-1

Schluß mit der Zensur-Farce!
Laßt Euch nicht verarschen!
Lest ruhig mal was Unzensiertes!

KETZERBRIEFE 164
Fritz Erik Hoevens:
ANTI-Islamismus – gibt's den?
Peter Priskil
Der Wirbel um Sarrazin, oder:
Wie man einen Pappkameraden baut
Rezension: Die Wut der arabischen
Welt (The Crisis of Islam)
ISBN 978-3-89484-249-9



www.bund-gegen-anpassung.com

V.i.S.d.P.: Bund gegen Anpassung, C. Müller, Postfach 254, D-79002 Freiburg
Spendenkonto: Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 660 100 75, Konto 186 435-758, (Bunte Liste; bitte ohne weitere Zusätze)